WP-01-K1-617

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Kilian Vitt (KV Frankfurt)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 617 bis 625:

~~Der Deutschlandfonds hilft, die Spielräume für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen zu erhöhen. Er ist aber kein Ersatz für die Aufgabe, im Haushalt stärker zu priorisieren und effizienter mit den vorhandenen Einnahmen umzugehen. Denn viele wichtige Anliegen wie bessere Bildung oder stärkere Sicherheit erfordern auch konsumtive Ausgaben. Wir wollen den Haushalt entlasten, indem wir mehr Geflüchtete und mehr Bürgergeldbezieher*innen in Arbeit bringen. Zudem wollen wir die Verwaltung durch die weitere Digitalisierung verschlanken. Und wir wollen insbesondere klima- und umweltschädliche Subventionen abbauen.~~

Der Deutschlandfonds hilft, die Spielräume für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen zu erhöhen.Er ist kein Ersatz für die Aufgabe, im Haushalt effizient mit Einnahmen umzugehen.

Viele wichtige Anliegen wie bessere Bildung, Chancengleichheit und eine

funktionierende Gesundheitsversorgung erfordern konsumtive Ausgaben. Wir tragen keinen

Sparkurs auf Kosten von Benachteiligten mit, sondern ermöglichen ein gutes Leben durch

gute Arbeit und faire Löhne. Wir wollen den Haushalt entlasten, indem wir die

Priorität auf den Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen legen.

Zudem wollen wir die Verwaltung durch die weitere Digitalisierung verschlanken.

Unser Haushalt wird robuster, indem wir durch eine faire Besteuerung multinationaler

Konzerne lokal erwirtschaftete Profite auch lokal besteuern.

Begründung

Der bestehende Antragstext ermöglicht nicht den Rest des Wahlprogramms (mit Ausnahme der Infrastrukturinvestitionen) in die Tat umzusetzen. Er liefert stattdessen die rhetorische Herleitung für eine weitere Kürzung des sozialen Sicherheitsnetzes.

Die Formulierung betont unnötig zwei Gruppen "Geflüchtete und Langzeitsarbeitslose", welche im Kontrast zu fossilen Subventionen einen sehr geringen Anteil der konsumtiven Ausgaben im Haushalt haben.

Die Änderung sieht eine Priorität des Abbaus fossiler Subventionen vor, behält die Digitalisierung der Verwaltung als Punkt und unterstreicht, dass vielmehr Großunternehmen Deutschlands Haushalt durch Steuertricks Milliarden vorenthalten, nicht Geflüchtete und Langzeitsarbeitslose.

weitere Antragsteller*innen

Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Elina Schumacher (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Emilia Engels (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Charlotte Gude (LV Grüne Jugend Berlin); Damian-Aidan Koenig (KV Leipzig); Yorick Stöve (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Yvonne Tremmel (KV Karlsruhe); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ralph Pies (KV Offenbach-Land); Simon Haack (KV Münster); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Finn Schwarz (KV Tübingen); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Gabriele Siegert (KV Duisburg); Regina Hammerl (KV Regensburg-Land); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); Matthias Kampmann (KV Regensburg-Land); sowie 40 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.